

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Ausgabenpreis: Die fünfgehaltene Körperschelle 20, Kleinschelle 30 Pf

Einzelgenahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Reiperstraße 01 bei Spießhaus vormittags 10 Uhr. Großere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, am Donnerstag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Stierleiährlicher Bezugspreis: nach unsere Geschäftsstelle 1,75 RM. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,95 RM und durch den Briefträger 1,85 RM.

Stierleiährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Reiperstraße 0, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Ankündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 105.

Sonnabend, den 6. September 1919.

58. Jahrgang.

Bur Lage.

Die Entente verlangt Abänderung unserer Verfassung.

Zu der Meldung von „Le Journal“ über die Forderung des Obersten Rates der Alliierten nach einer Aenderung der deutschen Reichsverfassung innerhalb 15 Tagen erklärt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß eine diesbezügliche Note des Obersten Rates gestern abend in Berlin eingetroffen ist. Die Note betrifft die Ansicht, daß die Artikel 2 und 61 der Verfassung, in denen auf Deutschösterreich Bezug genommen wird, gegen den Artikel 80 des Friedensvertrages von Versailles verstößt.

Das Entente-Ultimatum.

Die amtliche Auslegung.

Von der amtlichen „Deutschen Allg. Ztg.“ wird daran erinnert, daß die Stellung Deutschlands zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie schon bei den Versailles-Friedensverhandlungen festgelegt und von der Entente zur Kenntnis genommen worden ist. Zu dem am 29. Mai d. J. mit der „Mantelnote“ überreichten „Bemerkungen der Deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen“ wurde der Standpunkt der Reichsregierung dahin festgelegt, daß Deutschland nie die Absicht gehabt habe und sie nie haben werde, die deutsch-österreichische Grenze gewaltsam zu verschieben. Die generischen Mächte hätten notwendig gesehen, ein Wort vorzutragen vom 16. Juni 1919 herangezogen, von dieser Erklärung Deutschlands Kenntnis genommen und somit den Standpunkt der deutschen Regierung vorbehaltlos anerkannt. Bekanntlich habe auch die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika in Artikel IV der Anschluß neuer Staaten an die Union vor, ohne daß darin je eine Wahrung der Unabhängigkeit der Nachbarländer der Vereinigten Staaten erklärt worden wäre. Artikel 61 der Reichsverfassung lege für Deutsch-Österreich nur ein Recht vor, von dem Gebrauch zu machen oder nicht Gebrauch zu machen ihm freistehende. Zudem haben die generischen Regierungen es in der Hand, Deutsch-Österreich daran zu verhindern, von diesem Rechte Gebrauch zu machen.

Alles, was die generischen Mächte von der deutschen Regierung verlangen können, ist somit, wie halbamtlich weitergeleitet wird, eine amtliche Erklärung darüber, daß Artikel 61 der Reichsverfassung von Deutschland in dem vorstehend dargelegten Sinne ausgelegt wird. Eine solche Erklärung hätten sie aber von der Reichsregierung auch widerstandslos zu erhalten vermocht, ohne dies notwendig gesehen zu haben. Ein Ultimatum an sie zu richten und ihr im Weigerungsfalle Maßnahmen anzudrohen, zu denen sie nach dem Friedensvertrage nicht berechtigt sind.

Stimmen gegen die Vermittlung Deutschlands.

Das Entente-Ultimatum wird in Italien allmählich beurteilt. Der Mailänder Corriere della Sera das meistlesene Blatt Italiens, nennt die Note der Obersten Räte bezüglich des Rechts der Verbindung von Deutsch-Österreich mit Deutschland eine gewisse Halsstarrigkeit verbunden mit Torheit. Das Beispiel einer Koalition, welche im Namen der besten Ideen der Menschheit den Kampf geführt habe, und welche dem Deutsch-Österreich ebenso behandelte, wie feinerzeit die heilige Allianz die italienischen Staaten behandelt habe, müsse geradezu Entsetzen erwecken. Auch die Einstellung des Obersten Rates in die inneren Verhältnisse Deutschlands, das kein Souverän sondern unabhängig sei, müsse als unzulässig bezeichnet werden. Die Friedenskonferenz konnte Deutschland den Friedensvertrag auferlegen, aber durfte ihm nicht auf Grund willkürlicher Auslegungen eine Verfassungsänderung auferlegen. Jetzt ist Entente verlangt, daß die Grundlage der Nationalität, der Selbstbestimmung überall befolgt würden. Eine ernungene Donauaberdation könne kein andere Programm haben als das einer Revanche gegen Strafen.

Die militärischen Sicherheiten Frankreichs.

Tardieu's Friedensrede in der Kammer.

Die Debatte über den Friedensvertrag in der französischen Kammer brachte zwar große Reden Tardieu's und Barthou's, von denen der erstere wegen des Wertes über die Verhandlungen mit England und Amerika besondere Bedeutung bezugnehmen ist.

Am 25. Februar sei, wie der Regierungskommission Tardieu ausführte, der Friedenskonferenz ein Memorandum überreicht worden, das sich in allgemeinen Sätzen den militärischen Sicherheiten, die Marschall Foch aufgestellt hatte, angeschlossen habe, nur mit einer Forderung: Der Marschall habe die Union von Strafen über die Verhandlungen mit England und Amerika abhänigkeit und die Neutralität des linken

Ufermeeres gebildet. Diese Bedingungen hätten aber nicht erfahren, man habe keine provisorische Beziehung der Rheinlande gewollt. Vor allen Dingen aber hätte man die Beteiligung alliierter Truppen an dieser Beziehung abgelehnt.

Die Verhandlungen hätten gedauert bis zum 14. März, also bis zur Wäcker des Präsidenten Wilson nach Frankreich. Dann seien England und Amerika mit dem Vorschlag des Garantiefriedens hervorgetreten, aber die französische Regierung habe erklärt, dieses Angebot genüge nicht. Frankreich brauche Garantien hinsichtlich der zukünftigen deutschen Verträge die vollständige Neutralisierung des Rheingebietes mit einer zeitlich befristeten Besetzung des linken Rheinufer und der Brückenköpfe. Auf dieser Basis habe man bis zum 20. April verhandelt und sei schließlich zu den Bedingungen gekommen, die der Friedensvertrag festsetze.

Die deutsche Einheit habe die französische Regierung nicht zerrütten wollen, dann hätte man die Zustimmung angenommen. Gliedstaaten der Union hätten es nicht gemocht, und schließlich hätte man ihm ein Abkommensmodell in die Hand geben müssen dessen Macht groß gewesen wäre, weil es sich auf einer legitimen Grundlage aufgebaut hätte.

Der zweite Redner Barthou machte der Regierung zum Vorwurf, daß sie die Kammer bei der Festlegung des Vertrages vollkommen ausgeschaltet habe. Der Redner bezeichnete es als schreckliches Unrecht, daß man Bayern und andere deutsche Staaten nicht gleichfalls zur Unterzeichnung nötigte. Welche Bürgerpflicht haben wir gegen die deutsche Verfassung von heute an morgen? Sozialist Mittel auf: Also beginnen Sie doch gleich den Krieg wieder! Barthou: Das Unrecht ist unsere große Pflicht. Unter irgendeiner Umformung wird die Einheit ein: Wir hätten von Deutschland keine Aufforderungen zu verlangen. Deutschland hätte

unter Nebenstreifen auf das rechte Ufermeeres zu befürchten, wollte es nach den ersten vierzehn Tagen in diesem Vertrage auferlegten Pflichten unerfüllt lassen.

Fransösische Einschreibungsversuche.

Die französische Besatzungsbehörde von Ludwigshafen hat den Eisenbahnbeamten einen Befehl übermittelt, worin sie auf die Aufgabe hingewiesen werden, daß sie im Dienst der alliierten und assoziierten Mächte während des Besetzungszustandes stehen. Es wird ihnen strengste Befehlsung durch die französischen Kriegsverichte und evtl. die Ausweisung für den Fall des Ausstandes angedroht. Die Angestellten der Eisenbahn werden sich dadurch nicht einschüchtern lassen und nur dann von ihrem Streikrecht in Zukunft keinen Gebrauch machen, wenn die Besatzungsbehörde sich künftig nicht mehr in ähnlicher Weise einschüchtern wird, sondern sich auf ihr eigentümliches Gebiet beschränkt. Die Stimmung der Bevölkerung ist nach wie vor sehr erbitert. Die Bürgermeisterämter haben Miße, die Bevölkerung zu beruhigen. So bittet das Bürgermeisteramt in Eberbach in einem öffentlichen Aufruf an die Bevölkerung, Kundgebungen, wie das Abschließen von Petitionen mit dem Reichsstaten zu unterlassen, da sonst der Stadt Strafmahnahmen in Aussicht stehen.

Deutsches Reich.

— Berlin, 5. September 1919.

Gefangenenheimkehr. Bis Ende Oktober sollen sämtliche in englischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Soldaten nach Deutschland zurücktransportiert sein. Die britische Regierung ist in der Lage, die Zahl der täglich heimzubehelfenden deutschen Kriegsgefangenen auf 10 000 zu erhöhen, sofern die deutschen Behörden die dafür notwendigen Eisenbahnstellen stellen. Die Deutschen haben bereits seit längerer Zeit bestimmte Vorbereitungen für den Rücktransport der Kriegsgefangenen getroffen. Demgemäß sind die Beratungen auch imstande, täglich 10 000 Mann auf der verschiedenen Eisenbahnlinien in die Heimat zu befördern. — Die Vertreter der Londoner Zentralbehörden und das englische Große Hauptquartier in Frankreich werden am Freitag in Wien mit den Vertretern Deutschlands einen Plan entwerfen, um die Heimkehr der deutschen Gefangenen mit allen denkbaren Mitteln zu beschleunigen.

Zu einer großen Kundgebung gestaltete sich der Empfang von 300 in Nordholländisch beheimatete Kriegsgefangenen in Alphen a. d. Das Schiff war mit den Kriegsgefangenen in Alphen a. d. R. in der Nähe des dort entlandenen jedoch Schwierigkeiten mit dem dänischen Empfangsamt, das die aus Dänemark kommenden Kriegsgefangenen als seine Gäste ansah und daher deutsche Feiernlichkeiten nicht wollte. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, die militärischen Vereine mit Fahnen sowie viele Kinder mit Blumen hatten sich eingefunden, als das Schiff in Alphen eintraf. Der Bürgermeister hielt eine feierliche

Ansprache. Ein Offizier auf dem Schiff betonte, daß sie als treue Deutsche wieder heimgelehrt seien, so wie sie einst das liebe Vaterland zu seinem Schutz verlassen hätten. Die ganze Angelegenheit gestaltete sich zu einer erquicklichen Kundgebung für das Deutsche Volk. — Was bedeuten 20 Millionen Kronen Koste? Dieses Quantum von „schwarzen Diamanten“, die währährlich der Entente liefern sollen, sind 400 Millionen Rentner, also eine Menge, zu deren Beschaffung es ganzes Arbeiterheer erforderlich ist. Jede Last schleiere wir wie eine schwere Eisenkugel am Fuße nach, denn der Kohlenmangel führt die Beschäftigten im Bezirk gemitt den Verkehr und läßt die Industrie auf Jahre hinaus. Und wenn wir dem Wiederstand entgegensetzen wollen, heißt es immer wieder, daß von der pünktlichen Erfüllung aller Verpflichtungen die Helmkehr unserer Kriegsgefangenen abhängig sei. Und wenn uns gesagt wird, daß die Helmkehrförderung der Gefangenen am 20. September beginnen soll, aufpassen können wir doch erst, wenn der letzte dieser Verträge in Hause wieder bei seiner Familie eingetroffen ist. Monate werden im ähnlichen Falle noch immer darüber vergehen, denn die Franzosen stellen für die Transporte keine einzige Lokomotive und keinen Eisenbahnwagen. Alles was zur Heimfahrt notwendig ist, muß von deutscher Seite gestellt werden.

Die Franzosenaktion für Privatigentum. Am 25. Juli hat die deutsche Regierung in Versailles eine Note überreicht, in der darauf hingewiesen wurde, daß unter den zahlreichen Deutschen, die vor dem Kriege in Ententeändern anwesig waren und aus Unlab des Krieges nach Deutschland zurückkehrten, eine große Anzahlung durch Besetzung, welche Bedeutung der Artikel 227 des Friedensvertrages über die Vermögensliquidation für ihr Privatigentum hat. Auf diese Note ist nun endlich eine Ententeantwort eingegangen. Der Hauptinhalt ist, daß die alliierten Mächte nicht die Absicht hätten, persönliche Effekten, Aenderungen oder dergl. Gegenstände von geringem Werte zu beschlagnahmen. Es und in welchem Umfange die Entente unter dem Begriff der persönlichen Effekten den Hausrat rechnet, wird die Praxis lehren. Am einzelnen wird darüber zu berichten werden müssen, um für die Auslandsdeutschen eine möglichst weite Auslegung zu erzielen.

Der Verfassungsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei hat seinen Bericht über die Verhandlungen mit den Alliierten, daß die deutschen Nationalen Beamten den von ihnen verlangten Geld leisten werden, aber nur in dem Sinne, daß sie sich zur gewissenhaften Beobachtung der in der Verfassungsurkunde niedergelegten Bestimmungen verpflichten. Insbesondere behalten sie sich durchaus das Recht vor, im Rahmen der durch die Alliierten gegebenen Möglichkeiten andere Realistische Zustände zu erheben.

Der Wiederanbau Nordfrankreichs. Die Versailles Verhandlungen über den Wiederanbau der zerstörten Gebiete sind wieder aufgenommen worden und werden in Unterkommissionen fortgesetzt. Die Besprechungen werden sich zunächst auf die Aufteilung bestimmter Abschnitte an Deutschland für die Wiederanbauarbeiten, auf die Wiederherstellung sowie die Wiederherstellung der Bergwerksgebiete und die Erlaubnis zur Wiederaufbau dieser Wälder anzuwenden.

Die Ausweisung der deutschen Arbeitslosen aus dem Elsaß. Wie dem „Vorwärts“ aus Lörrach (Baden) berichtet wird, haben die Gewerkschaftsvertreter in Straßburg, Colmar, Sarralben und Wies erklärt, daß sie den Generalkonferenzproklamationen werden, falls die von den Franzosen angeforderte Ausweisung von 15 000 deutschen Arbeitern Tatsache wird. — Bekanntlich planen die Franzosen diese Ausweisung aus dem Grunde, weil sie Arbeitsstellen für die arbeitslosen Eltsler schaffen wollen, und weil sie sich weigern, die deutschen Arbeiter weiter zu ernähren.

Die Aufhebung der Humanitäts Klausel. „Echo de Paris“ hat der Exkelle Rat der Alliierten die Lage gebracht, wie sie durch das lange Stillstehen der Humanitäts Klausel entstanden ist, das nach auf keine Note geantwortet hat, die ihm zugestellt wurde. Das Blatt glaubt zu wissen, daß erste Maßnahmen in Aussicht genommen sind, insbesondere der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Wäcker. Eine Abordnung polnischer Bergarbeiter aus Oberschlesien erschien bei Barabren, um die polnische Regierung um sofortige Hilfe für Oberschlesien zu bitten.

Wien. Nachdem der Überhand der Bolschewisten bei Belgrad geschlagen ist, sind die ukrainischen Truppen Resturen in Siedlitz Kiew eingeschlossen. In der Straßenkampf wird Kiew von den roten Truppen erobert.

Wubapeft. Die amtliche Uebersetzung stellte fest, daß die kommunistenführer nach ihrem Sturz auslandvolunta und alles Geld der Feindlichkeits-Insurgieren Band in Gesamtwerte von 25 Millionen Kronen auf ihrer Hand nach Österreich mitgenommen haben.

Amsterdäm. Drei amerikanische Regierungsoffiziere, die an der mexikanischen Grenze patrouillierten, wurden von Mexikanern beschossen. Einer von ihnen wurde verwundet.

Achtung!
Sportplatz
(Dammweg).

Sonntag, den 7. Septbr. cr.
vorm. 10 Uhr
Sportvereinigung 4, Teichern,
gegen
Sportvereinigung 3, Teuchern.

Nachmittag 2 Uhr großes
Kranz-Wettspiel

Sportlust 2, Halle,
gegen
Sportvereinigung 2, Teuchern,
nachmittag 1/4 Uhr
Sportlust 1, Halle,
gegen
Sportvereinigung 1, Teuchern.

Pflaumenmusgewürz
loste und in Paketen zu 50 Pfg.,
ganzen schwarzen Pfeffer
a Pfund 18 — Mt.,
Kümmel
Piment
ganzen Zimmt
gemahlene Zimmt
Nelken
Macisblüte
Muscadinsse
empfecht
Ferd. Gresse.

Prima
holländischer Kakao
1/2 Pfund 3,50 Mt.
" " 4,50 "
" " 5,00 "
Prima
holl. Schokoladen-
Pulver
1/2 Pfund 3,— Mt.
empfecht
Dr. Billhardt.

Holztor
3x3 m. fa st neu
verkauft
Rob. Gäbler.
2 Zuchtböcke
stehen zur Benutzung
Osterstrasse 9.

la. blauen Kupfervitriol,
a Pfund 2 Mark
keinen grünen Eisenvitriol, welcher
wertlos für den Zweck,
Uspulum,
Formalehyd
40%
zum Weizenanmachen
empfecht
Hermann Pohle.
Weiche Birnen
Pfund 40 Pfg. verkauft
Otto Hinniger
Schützenstr. 4.

Düngerstreumaschine
fast neu
verkauft
Maschinenhalle Teuchern.

Kürbisse
verkauft
Landmann, Runthal.
Bergamentpapier
empfecht
Otto Pieserenz.

Kalidüngesalz
hochprozentig
empfecht
Ferd. Gresse.
2 gebrauchte gutehaltene
Bettstellen
sowie ein Kinderbett ist zu ver-
kaufen. Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle d. St.

Sanitäts-Kolone
vom Roten Kreuz.
Sonnabend, abend 8 Uhr
Versammlung
Kuchenäpfel
gibt ab
Zeitstr. 10.

Burkhardt's Restaur.
Sonnabend Abend
Hähnchenauskegeln
Zum guten Tropfen.
Sonnabend den 6. Sept.
Enten-Auskegeln.
Wozu freundlichst einladet
Frau Bernschein.

Unterwerschen
zu meinem am Sonntag, den
14. Sept. stattfindenden
Erntedankfest
mit Ball
lade freundlichst ein
G. Schme.
ff. Pflaumen- u. andere
Kuchen. **J. D.**

Obernessa
Sonntag, den 7. September
Zum Erntefest
grosser Festball
wazu freundlichst einladet
A. Jinn.

Bonau
Sonntag, den 7. September
zum
Erntefest mit Ball
ladet ergebenst ein
G. Busch.

Todesanzeige.
Heute morgen 7 Uhr ent-
schlief nach langer Krank-
heit unser kleiner
Erich
im Alter von 5 Jahren.
Die tieftrauernde Witwe
Anna Katzmarek.
Gröben, 5. September 1919.

Dank.
Für die liebevolle Teil-
nahme und reiche Blumen-
spende, die uns beim Heim-
gange unserer lieben kleinen
unvergessenlich
Erna
von allen Seiten zuteil wur-
den, sagen wir allen unseren
herzlichsten Dank.
Paul Böhme und Frau
geb. Busch.
nebst allen Angehörigen.
Oberwerschen, 5. Sept. 1919.

EINLADUNG

zum Gewerkschaftsfest, Teuchern 1919.

Am 7. September
findet das

Gewerkschaftsfest mit Kinderfest,
der gesamten Gewerkschaften von Teuchern statt.

PROGRAMM.

Von 1/2—2 Uhr: **Umzug der Kinder**
und **Erwachsenen** durch die Stadt nach dem
Schützenplatze.
Von 2—6 Uhr: **Gesangl. und sportl.**
Aufführungen der gesamten Arbeitervereine
von Teuchern, sowie Belustigungen für Kinder
und Erwachsene.

Von 6 Uhr an: **Ball** auf dem Schützenplatz
und im „Gasthof zum grünen Baum.“

Da die Gewerkschaften weder Kosten noch
Mühe gescheut haben, um das Gewerkschaftsfest
zu einem volkstümlichen zu gestalten, bitten die
Gewerkschaften um regen Zuspruch und laden die
gesamte Einwohnerschaft von Teuchern und Umg.
ganz ergebenst ein.

Der Arbeitsausschuss.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder recht-
zeitig 1/2 12 Uhr zum Sammelpunkte (Osterfelder-Str.)
zu schicken, da der Umzug pünktlich beginnt.
Sämtliche Funktionäre werden ersucht, punkt
11 Uhr im grünen Baum zu erscheinen.

Für die anlässlich unserer
Vermählung
erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir unsern herzlich-
sten Dank.
Willi Buchhorn und Frau
Elsa geb. Grünert.

Emma Meinhardt
Robert Kühn
grüssen als Verlobte.
Gröben, im September 1919. Teuchern.

Todesanzeige.
Am 3. September früh 7 Uhr starb an Altersschwäche
unser lieber Vater, Schwieger- und Grossvater der
Privatier
Albert Gabler
in seinem 88. Lebensjahre.
Körslin, den 3. September 1919.
Die trauernde Familie
Anna verw. Harnisch geb. Gabler
nebst allen Anverwandten.
Beerdigung findet Sonnabend 3 Uhr in Teuchern statt.
Zugedachte Blumenspenden bitten wir in der Leichenhalle
von Nachm. 2 Uhr ab abzugeben.

Der geehrten Einwohnerschaft von Gröben und
Umgegend zur gefl. Kenntnis, dass ich die
Gastwirtschaft v. G. Busch, Gröben
vom 1. September ab käuflich übernommen habe und
sichere ich gute und prompte Bedienung zu.
Hochachtungsvoll
Alfred Arlt u. Frau.

Runthal.
Sonnabend, den 6. September, von 7 Uhr abends
Theater und Ball.
ausgeführt vom „Dramatischen Verein“ Granschüg.
Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Sonntag, den 7. September
Kaninchen - Auskegeln
wazu freundlichst einladet
Kustav Schmidt.

Von der Reise zurück
Dr. Hennes
Facharzt für Ohren- Nasen- u. Halsleiden.
Halle a. S. Gr. Steinstr. 20.
Sprechst.: 9—12, 3—4 Uhr.

Schiffelung, Druck und Verlag von Otto Pieserenz Teuchern.



Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die fünfspaltige Kopfszeile 20, Zeilameile 30 Pf

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Reiperstraße 01 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montags, Mittwochs und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: um unsere Geschäftsstelle 1,75 RM. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,95 RM und durch den Briefträger 1,95 RM.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Reiperstraße 0, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 105.

Samstags, den 6. September 1919.

58. Jahrgang.

Bur Lage.

Die Entente verlangt Abänderung unserer Verfassung.

Zu der Meldung von „Le Journal“ über die Forderung des Obersten Rates der Alliierten nach einer Änderung der deutschen Reichsverfassung innerhalb 15 Tagen erklärt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß eine diesbezügliche Note des Obersten Rates gestern abend in Berlin eingetroffen ist. Die Note betrifft die Ansicht, daß die Artikel 2 und 61 der Verfassung, in denen auf Deutschösterreich Bezug genommen wird, gegen den Artikel 80 des Friedensvertrages von Versailles verstoßen.

Das Entente-Minutium.

Die amtliche Auslegung.

Von der amtlichen „Deutschen Allg. Ztg.“ wird daran erinnert, daß die Stellung Deutschlands zur Österreichischen Anschlussfrage schon bei den Versailles-Friedensverhandlungen festgelegt und von der Entente zur Kenntnis genommen worden ist. In dem am 29. Mai 1919 mit der „Montaigne“ überreichten „Berichtungen der Deutschen Delegation zu den Friedensverhandlungen“ wurde der Standpunkt der Reichsregierung dahin festgelegt, daß Deutschland nie die Absicht gehabt habe und sie nie haben werde, die deutsch-österreichische Grenze gewaltsam zu verschieben. Die gegnerischen Mächte hätten übrigens, wie aus der Antwortnote vom 18. Juni 1919 hervorgeht, von dieser Erklärung Deutschlands Kenntnis genommen und somit den Standpunkt der deutschen Regierung vorbehaltlos anerkannt. Bekanntlich sehe auch die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika in Artikel IV den Anschluß neuer Staaten an die Union vor, ohne daß darin je eine Abhängigkeit der Unabhängigkeit der Nachbarländer der Vereinigten Staaten erwähnt worden wäre. Artikel 61 der Reichsverfassung sehe für Deutsch-Österreich nur ein Recht vor, von dem Gebrauch zu machen oder nicht Gebrauch zu machen ihm freistehende. Zudem haben die gegnerischen Regierungen es in der Hand, Deutsch-Österreich daran zu verhindern, von diesem Rechte Gebrauch zu machen.

Alles, was die gegnerischen Mächte von der deutschen Regierung verlangen können, ist somit, wie halbamtlich weitergeleitet wird, eine amtliche Erklärung darüber, daß Artikel 61 der Reichsverfassung von Deutschland in dem vorstehend dargelegten Sinne ausgelegt wird. Eine solche Erklärung hätten sie aber von der Reichsregierung auch widerstandslos zu erhalten vermocht, ohne daß es notwendig gewesen wäre, ein Minutium an sie zu richten und ihr im Weiteren alle Maßnahmen anzudrohen, zu denen sie nach dem Friedensvertrage nicht berechtigt sind.

Statten gegen die Zermürung Deutschlands.

Das Entente-Minutium wird in Italien allgemein verurteilt. Der Mailänder Corriere della Sera das maßgebendste Blatt Italiens, nennt die Note der Obersten Räte bezüglich des Rechts der Verbindung von Deutsch-Österreich mit Deutschland eine ewige Halskette verbunden mit Torheit. Das Schlagwort einer Koalition, welche im Namen der ehelichen Ideen der Menschheit den Kampf geführt habe, und welche dem Deutsch-Österreich ebenso behandelte, wie fernerzeit die heilige Allianz die italienischen Staaten behandelt habe, müsse geradezu Enttäuschung erwecken. Auch die Einmütigkeit des Obersten Rates in die inneren Verhältnisse Deutschlands, das sein Souveränitätsonden unabhängig sei, müsse als unzulässig bezeichnet werden. Die Friedenskonferenz konnte Deutschland den Friedensvertrag auferlegen, aber durfte ihm nicht auf Grund willkürlicher Auslegungen eine Verfassungsänderung auferlegen. Italiens Interessen verlangen, daß die Grundzüge der Autonomie, der Selbstbestimmung überall befolgt würden. Eine erzwungene Donauabderation könne kein anderes Programm haben als das einer Revanche gegen Strafen.

Die militärischen Sicherheiten Frankreichs.

Tardieu's Friedensrede in der Kammer.

Die Debatte über den Friedensvertrag in der französischen Kammer brachte zwar große Neben Tardieu's und Barthous, von denen der erlitteren wegen des Wichtigkeits über die Verhandlungen mit England und Amerika besondere Bedeutung bekommen ist.

Am 25. Februar sei, wie der Regierungskommission Tardieu ausführte, der Friedenskonferenz ein Memorandum überreicht worden, das sich in allgemeinen Eindrücken die militärischen Sicherheiten, die Marjall, Pichon aufgestellt hatte, angegeschlossen habe, nur mit einer Ausnahme: Der Marjall habe die Annexion von 15 Millionen Deutschen verlangt, die Regierung aber dagegen habe deren vollständige Unabhängigkeit und die Neutralität bei inneren

Veränderungen geordert. Diese Bedingungen hätten weder stand erfahren, man habe keine provisorische Belegung der Rheinlande gewollt. Vor allen Dingen aber hätte man die Beteiligung alliierter Truppen an dieser Belegung abgelehnt.

Die Verhandlungen hätten gedauert bis zum 14. März, also bis zur Rückkehr des Präsidenten Wilson nach Frankreich. Dann seien England und America mit dem Vorschlag des Garantierlebens hervorgetreten, aber die französische Regierung habe erklärt, dieses Angebot genüge nicht. Frankreich brauche Garantien hinsichtlich der zukünftigen deutschen Armeen, die vollständige Neutralisierung des Rheingebietes und eine zeitlich begrenzte Belegung des linken Rheinuferes und der Brückenköpfe. Auf dieser Basis habe man bis zum 20. April verhandelt und sei schließlich zu den Bedingungen gekommen, die der Friedensvertrag festsetze.

Die deutsche Einheit habe die französische Regierung nicht zerrüttern wollen, dann hätte man die Zustimmung einzelner Gliedstaaten



Die vorstehende Erklärung der Entente-Mächte haben Mäße, die Bevölkerung zu beruhigen. Es bittet das Bürgermeisteramt um die Erlaubnis, in einem öffentlichen Anruf an die Bevölkerung, Kundgebungen, wie das Liedersingen vor den Kränzen mit dem Reichsflaggen zu unterlassen, da sonst der Stadt Strafmaßnahmen in Aussicht stehen.

Deutsches Reich.

— Berlin, 5. September 1919.

Gefangenenscheinerte. Bis Ende Oktober sollen sämtliche in englischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Soldaten nach Deutschland zurücktransportiert sein. Die britische Regierung ist in der Lage, die Zahl der täglich heimzubefördernden deutschen Kriegsgefangenen auf 10 000 zu erhöhen, sofern die deutschen Behörden die dafür notwendigen Eisenbahnzüge stellen. Die deutschen Behörden sind längerer Zeit bestimmte Vorbereitungen für den Rücktransport der Kriegsgefangenen getroffen. Demgemäß sind die Verwaltungen auch imstande, täglich 10 000 Mann auf der verschiedenen Eisenbahnlinien in die Heimat zu befördern. — Die Vertreter der Londoner Zentralbehörden und das englische Große Hauptquartier in Frankreich werden am Freitag in Köln mit den Vertretern Deutschlands einen Plan entwerfen, um die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen mit allen denkbaren Mitteln zu beschleunigen.

Zu einer großen Kundgebung gestaltete sich der Empfang von 300 in Nordfrankreich beheimateten Kriegsgefangenen in Alphenröde. Das Schiff war mit den Kriegsgefangenen zunächst nach Flensburg gefahren. Dort entluden sich Schwierigkeiten mit dem bündischen Empfangsamt, das die als Anwärter kommenden Kriegsgefangenen als seine Gäste ansah und daher deutsche Forderungen nicht wollte. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, die militärischen Beziehe mit Bahnen sowie viele Kinder militärischen hatten sich eingefunden, als das Schiff in Alphenröde eintraf. Der Bürgermeister hielt eine feierliche

Ansprache. Ein Offizier auf dem Schiff betonte, daß sie als treue Deutsche wieder heimgekehrt seien, so wie sie einst das liebe Vaterland zu seinem Schutz verlassen hätten. Die ganze Anwesenheit gestaltete sich zu einer erfreulichen Kundgebung für das Deutschland.

Was bedeutet 20 Millionen? Die Quantität von „schwarzen Diamanten“, die während der Entente liefern sollen, sind 400 Millionen Zentner, also eine Menge, zu deren Beschaffung es ganzes Arbeiterheer erforderlich ist. Diese Last schleitet wir wie eine schwere Steinwage am Fuße nach, denn der Kohlenmangel führt die Bezahlbarkeit im Laufe der Zeit zum Verfall und führt die Industrie auf abwärts hinaus. Und wenn wir dem Überflusse entgegen setzen wollen, heißt es immer wieder, daß von der pünktlichen Erfüllung aller Verpflichtungen die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen abhängig sei. Und wenn uns gesagt wird, daß die Heimbeförderung der Gefangenen am 20. September beginnen soll, aufpassen können wir doch erst, wenn die Entente uns zu Hause wieder bei seiner Familie eingetroffen ist. Monate werden im allfälligen Falle noch immer darüber vergehen, denn die Franzosen stellen für die Transporte keine einzige Lokomotive und keinen Eisenbahnwagen. Alles was zur Heimfahrt notwendig ist, muß von deutscher Seite gestellt werden.

Die Franzosen sind für Privatbesitzungen. Am 25. Juli hat die deutsche Regierung in Berlin eine Note überreicht, in der darauf hingewiesen wird, daß unter den zahlreichen Deutschen, die von den Kriegen in Ententeländern anfangig waren und aus Anlaß des Krieges nach Deutschland zurückkehrten, eine große Anzahl darüber besteht, welche Bedeutung sie für die Wirtschaft der Heimat haben. Die Liquidation für ihr Privatvermögen, die die deutsche Note ist nun endlich eine Ententeantwort eingegangen. Der Hauptinhalt ist, daß die alliierten Mächte nicht die Absicht hätten, persönliche Effekten, Andenken oder dergl. Gegenstände von geringem Werte zu beschlagnahmen. — Es wird in welchem Umfange die Entente unter dem Begriff „persönliche Effekten“ den Hausrat rechnet, wird die Praxis lehren. Im einzelnen wird darüber verhandelt werden müssen, um für die Auslandsdeutschen eine möglichst weite Auslegung zu erzielen.

Der Verfassungseid der Beamten. Der Verfassungseid der Deutschen nationalen Volkspartei in Belgien und Preußen erklärt in einer Kundgebung, daß die deutschnationalen Beamten von ihnen verlangten Eid leisten werden, aber nur in dem Sinne, daß sie sich zur gewissenhaften Beobachtung der in der Verfassungsurkunde niedergelegten Bestimmungen verpflichten. Insbesondere behalten sie sich durchaus das Recht vor, im Rahmen der durch die Verfassung gegebenen Möglichkeiten andere Maßnahmen zu ergreifen.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs. Die Versailles-Verhandlungen über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sind wieder aufgenommen worden und werden in Unterkommissionen fortgesetzt. Die Besprechungen werden sich zunächst auf die Aufteilung bestimmter Abschnitte an Deutschland für die Wiederaufbauarbeiten, auf die Wiederanforderung sowie die Wiederherstellung der Bergwerksbetriebe und die Erlaubnis zur Verstaatlichung dieser Betriebe erstrecken.

Die Ausweisung der deutschen Arbeitslosen. Wie dem „Vorwärts“ aus Vörsch (Gau) gebracht wird, haben die Gewerkschaftsverbände Maßnahmen, Colmar, Straßburg und Metz erklärt, daß sie den Generalstreik proklamieren werden, falls die von den Franzosen angeforderte Ausweisung von 15 000 deutschen Arbeitern zuzufolge wird. — Bekanntlich planen die Franzosen diese Ausweisung aus dem Grunde, weil sie Arbeitsstellen für die arbeitslosen Arbeiter schaffen wollen, und weil sie sich weigern, die deutschen Arbeiter weiter zu ernähren.

Die Maßregelung Rumäniens. Nach dem „Echo de Paris“ hat der Exerzit die der Alliierten die Lage geprüft, wie sie durch das lange Stillstehen von Rumäniens entstanden ist, das nach auf seine Note geantwortet hat, die ihm zugestimmt wurde. Das Blatt glaubt zu wissen, daß erste Maßnahmen in Aussicht genommen sind, insbesondere der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Wachschau. Eine Abordnung polnischer Bergarbeiter aus Oberschlesien erschien bei Badensheim, um die polnische Regierung um sofortige Hilfe für Oberschlesien zu bitten.

Wien. Nachdem der Überbruch der Volksgewalt in die Gewalt gebrochen ist, sind die ukrainischen Truppen Rettung in Galizien zu bringen. In diesem Straßenkampf wird stien von den roten Truppen gefolgt.

Wadapele. Die amtliche Untersuchung stellte fest, daß die Stummhühnerführer nach ihrem Sturz Auslandsreisen und alles Geld der Österreichisch-Ungarischen Bank im Gesamtsumme von 25 Millionen Kronen auf ihrer Fahrt nach Österreich mitgenommen haben.

Amerikaner. Drei amerikanische Bergarbeiter, die an der mexikanischen Grenze konzentriert, wurden von Mexikanern beschossen. Einer von ihnen wurde verwundet.